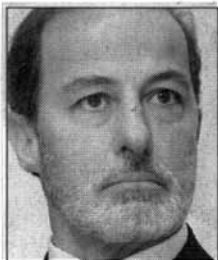


«In Liechtenstein gibt es Gesetzeslücken zu schliessen»

VADUZ - Seit Donnerstag figuriert Liechtenstein auf der schwarzen Liste der Financial Action Task Force (FATF) - eines Gremiums der Industrienationen, das Geldwäscherei und Steuerdelikte bekämpft. Damit gehört Liechtenstein als einziger europäischer Staat zu jenen 15 Offshorefinanzplätzen, die als nicht kooperativ eingestuft worden sind.



Giovanni Colombo **SONNTAGSZEITUNG:** Giovanni Colombo, Sie sind Schweizer

FOTO: KEYSTONE

Vertreter bei der FATF, der das Fürstentum nun vorwirft, Offshore-Finanzplätze wie Monaco oder die Kanalinseln Jersey und Guernsey vor der Aufnahme auf die Liste geschützt zu haben. Ihre Meinung?

GIOVANNI COLOMBO: Ich kann nur sagen, dass die FATF die 29 fraglichen Finanzplätze sehr intensiv geprüft hat. Die Task Force hat sich bemüht, alle untersuchten Staaten und Gebietskörperschaften nach denselben Kriterien zu bewerten.

Trotzdem: Liechtenstein hatte mit der Schweiz und weiteren Kleinstaaten nicht die gleich prominenten Fürsprecher wie Monaco mit Frankreich oder die Kanalinseln mit Grossbritannien.

COLOMBO: Diesen Zusammenhang kann man nicht herstellen. Die Schweiz wird

gerade wegen ihrer rigorosen Bekämpfung der Geldwäscherei als Finanzplatz ernst genommen - wie Frankreich, Grossbritannien und die USA - dementsprechend hat ihre Stimme Gewicht.

Fiel der Entscheid knapp aus?

COLOMBO: Überhaupt nicht. Die FATF trifft alle Entscheide im Konsensverfahren, es gibt keine Mehrheitsentscheide. Allen FATF-Staaten war klar, dass es im Fall von Liechtenstein noch wichtige Gesetzeslücken zu schliessen gibt.

Die grössten «Handelspartner» von Liechtenstein sind die Schweizer Grossbanken. Was müssen diese tun?

COLOMBO: Das ist den Banken überlassen. Auf jeden Fall müssen sie ihre übliche Sorgfaltspflicht erweitern.

In Frankreich hat Wirtschaftsminister Laurent Fabius mit der Einstellung der Finanzbeziehungen zu Offshorezentren der schwarzen Liste gedroht.

COLOMBO: Das kommt einer Ultima Ratio gleich. Davon dürften nur Länder betroffen sein, die trotz der FATF-Empfehlungen keine Massnahmen ergreifen.

Die Lücken in Liechtenstein sollen bis September geschlossen sein. Wird das Fürstentum am nächsten FATF-Treffen im Oktober wieder zum Thema?

COLOMBO: Die Bemühungen werden laufend überprüft.

Interview: Pascal Scherrer

Koller reicht Strafanzeige ein gegen CS und Liechtenstein

VADUZ - Die ehemalige Treuhänderin Marie-Gabrielle Koller hat am Freitag eine Strafanzeige gegen ehemalige Arbeitgeber und Justizmagistraten in Liechtenstein wegen Nötigung, Begünstigung, und Amtsmissbrauch eingereicht.

Die Rechtsanwältin, die bis Ende 1996 in der Kanzlei des damaligen Parteipräsidenten Norbert Seeger arbeitete, hatte dem Regierungschef Mario Frick einen geplanten Organhandel und einen illegalen



Marie-Gabrielle Koller **FOTO: P. LAUENER**

Aber nachdem Frick den Organhandel bei der Liechtensteiner Justiz angezeigt hatte, ging ein Kesseltreiben gegen die Juristin los. Weil sie als Zeugin beim Untersuchungsrichter aussagte, wurde sie von ihrem Arbeitgeber - einem international tätigen Schweizer Treuhand- und Revisionsunternehmen - entlassen. Zudem wurden gegen Koller 16 Strafanzeigen eingereicht - unter anderem wegen Verletzung des Geschäftsgeheimnisses und Verleumdung. Ihr Vermögen und Haus wurden in Liechtenstein beschlagnahmt.

Bei den Ermittlungen im angezeigten Organ- und Bluthandel war hingegen die Liechtensteiner Justiz weniger eifrig. Zuerst wurde die Untersuchung jahrelang verschleppt. Nachdem Koller vor einigen Wochen mit ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit ging, hiess es plötzlich, Organ- und Bluthandel seien in Liechtenstein gar nicht strafbar.

«Justizminister Heinz Frommelt hat mir bei einer persönlichen Besprechung vor knapp drei Wochen Hilfe versprochen.» Bisher sei gar nichts passiert, sagt Koller. Im Gegenteil: Sie müsse sich weiterhin in den Parteizeitungen Liechtensteins diffamieren lassen. Nun hat die Frau die Geduld verloren und eine Reihe von Liechtensteiner Notabeln eingeklagt. Die Anzeige wurde letzten Freitag aufgegeben. «Ich habe sie bewusst an den Justizminister geschickt, damit diese nicht beim Gericht verloren geht», erklärt sie.

Die Anzeige richtet sich gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber, Norbert Seeger, gegen den Präsidenten der Credit Suisse Trust AG - eine Tochter der Credit Suisse in Liechtenstein und gegen ein Direktionsmitglied der KPMG Zürich wegen Begünstigung und Nötigung. Diese Leute sollen gemäss Anzeige einen «Vernichtungsfeldzug» gegen sie geführt haben. Dem Liechtensteiner Landrichter Arnold Laternser und Staatsanwältin Alma Willi wirft Koller Amtsmissbrauch vor. Die beiden Magistraten hätten es unterlassen, die zu ihrem Schutz notwendigen Schritte einzuleiten. *Hubert Mooser*